

Einladung

zur Teilnahme an dem 4. DPG-Zoom-Vortrag

Nahostkonflikte und Palästina in den Medien

Christoph Schult

SPIEGEL-Korrespondent

Dienstag, 19. Juli 2022

19:00 – 20:30

Liebe DPG-Mitglieder, sehr geehrte Damen und Herren, herzlich laden wir Sie zum dritten Zoom-Vortrag unserer diesjährigen virtuellen Veranstaltung ein.

Hierzu müssten Sie sich anmelden, da die Teilnahme an den Vorträgen wunsch- und verabredungsgemäß nur für unsere Mitglieder zugänglich sein soll.

Verbindliche Anmeldung: Anmeldung-Vortrag@dpg-netz.de

Der Link wird zeitnah per E-Mail versendet.



Christoph Schult

1971 in Hamburg geboren. Studium der Geschichtswissenschaft und Politologie in Hamburg und London. Ausbildung an der Henri-Nannen-Schule. Seit 2001 beim SPIEGEL. Redakteur im Hauptstadtbüro des SPIEGEL, dort zuständig für deutsche Außenpolitik. Von 2005-2010 war er Korrespondent in Jerusalem, von 2010-2015 in Brüssel.

Die Arabische Welt und der Nahe Osten sind ständig Themen in den Medien. Aber wer entscheidet, wann wo genau hingesehen wird? Wie gehen Journalistinnen und Journalisten damit um, wenn die Themen einander Konkurrenz machen, wenn Syrien den Jemen aus den Nachrichten verdrängt, oder der Iran den Palästina-Israel-Konflikt? Diese und weitere Fragen sollen in Zoom-Vorträgen mit bekannten Redakteuren erörtert werden. Ein Gespräch über journalistische Ansprüche und die Schwierigkeit, ihnen immer gerecht zu werden.

Hinweis zum 3. Zoom-Vortrag dieser Reihe

Der bedauerlicherweise wegen einer technischen Panne nicht zustande gekommene Vortrag mit Herrn **Jörg Lau**, DIE ZEIT, wird erneut angeboten.

Der Termin wird rechtzeitig bekanntgemacht.

Vorankündigung – Zoom-Vorträge

Donnerstag, 18.08.2022

Der ewige Kampf um Jerusalems heilige Stätten
Dr. Joseph Croitoru

Montag, 05.09.2022

5. Zoom-Vortrag – Nahostkonflikte und Palästina in den Medien
Christopher Resch, Reporter ohne Grenzen

Vorankündigung – Tagung und Workshop

Erweiterter Vorstand und Workshop zum Thema Medien
mit Übernachtung im **Koptisch-Orthodoxen Kloster in Höxter**

Sonntag, 02.10.2022 ab 14:00 Uhr

Montag, 03.10.2022 bis 15:00 Uhr

Mit einem Vortrag eines Redakteurs und anschließendem Workshop.

Vorankündigung – DPG-Jahrestagung

75 Jahre NAKBA

Koptisch-Orthodoxen Kloster in Höxter

09.-11.06.2023

Freitag, 09.06.2023 um 14:00 Uhr bis Sonntag, den 11.06.2023 um 15:00 Uhr
mit zwei Übernachtungen.

Kassel – documenta und die Hysterie zum Antisemitismus

Antisemitismus und jegliche Diskriminierung sollten als bürgerliche Pflicht immer und überall bekämpft und gestoppt werden. Die Gleichstellung und beabsichtigte Verwechslung jeglicher berechtigten Kritik an der israelischen Politik und seiner erdrückenden Besatzung mit Antisemitismus, verbirgt aber komplexe Irritationen und unnötige Gefahren. Israelkritik und Judenhass werden inflationär gleichgesetzt und entsprechen dem staatlichen israelischen Duktus. Die neue Aufregung um die Kunst-Weltausstellung in Kassel bestätigt diese Verwechslung: Auf der Documenta ist ein Banner mit der Darstellung eines israelischen Mossad Agenten mit Schweinekopf zu sehen. Ist diese Schmähung des israelischen Geheimdienstes, der für die Ermordung von über 2000 Menschen verantwortlich ist, antisemitisch? An diesem Beispiel wird schnell erkannt, wie Analogien gezogen und Meinungen auseinander differieren. Der entfachte Streit um die Documenta betrifft im Allgemeinen die Freiheit der Kunst, die immer provoziert und zu Denkanstößen und Diskussionen anregt.

Die Frage ist aus aktuellem Anlass erlaubt: Würden zum Beispiel Putins oder Erdogans Geheimdienstagenten in ähnlicher Weise verunglimpft, gäbe es wohl keine besondere Aufregung, oder?

Nazih Musharbash, DPG-Präsident

Kassel – Prof. Dr. Norman Paech Von der Verantwortung der Kunst. Steinmeier auf der Documenta Fifteen. Doch wo leben Sie, Herr Bundespräsident?

Bundespräsident Steinmeier begann seine Rede zur Eröffnung der Documenta Fifteen in Kassel mit dem Bekenntnis: „Ich war mir in den vergangenen Wochen nicht sicher, ob ich heute hier sein würde“. Ein Besuch der Documenta lohnt sich immer, insbesondere dieser 15. Aber er hätte schweigen und einen Rundgang machen sollen. Dann hätte er sein Manuskript, welches ihm irgendwer im Präsidialamt zusammengeschrieben hat, in der Tasche lassen müssen, um sich nicht derart zu blamieren, wie er es jetzt getan hat. Denn keines seiner Vorurteile, die eine dubiose Antifagruppe in Kassel in die Welt gesetzt hat, fände er bestätigt. Nirgends in der Ausstellung wird die Staatlichkeit Israels angegriffen oder die Existenz in Frage gestellt. Selbst die Künstlergruppe „The Question of Funding“ aus Ramallah, an der sich die allgemeinen Vorurteile festmachen, kritisiert zwar die Besatzung und die Gewalt in den besetzten Gebieten, hat die Staatlichkeit Israels aber nicht in Frage gestellt. Doch wo leben Sie, Herr Bundespräsident? Sie sagen: „Die Anerkennung Israels ist bei uns Grundlage und Voraussetzung der Debatte.“ Das mag so sein. Aber auch Sie wissen, dass niemand in der Welt, kein Staat, kein Mensch, verpflichtet ist, Israel anzuerkennen. Schon gar nicht einen ausschließlich jüdischen Staat, weswegen Indonesien z. B. Israel nicht anerkannt hat. Wollen Sie alle Künstlergruppen, zu Gast in Deutschland, in unser Erinnerungsdogma zwingen und ihre Kunst dem Holocaust-Test unterziehen? Die US-amerikanische Philosophin Susan Neiman vom Einsteinforum meint, es sei in unseren Versöhnungsbemühungen etwas durcheinander gegangen: "Was sich in den letzten zwei Jahren gezeigt hat, ist eine schiefgelaufene Sühne." Und ihr Kollege Peter Beinart in den USA erklärt dazu: „Sie ist aus dem Ruder gelaufen, weil es der israelischen Regierung in Zusammenarbeit mit der deutschen Rechten erlaubt wurde, zu definieren, wie die Deutschen für ihre völkermörderische, antisemitische Vergangenheit büßen sollen“.

Sie betonen: „Die Freiheit der Meinung und die Freiheit der Kunst sind Wesenskern unserer Verfassung.“ Aber: „Ein Boykott Israels kommt einer Existenzverweigerung gleich“, und damit „ist die Grenze überschritten“. Machen Sie Sich auf den Weg nach Gaza, dort werden Sie sehen, wer wen boykottiert und mit welchen Folgen. Hat Ihnen niemand erzählt, dass die weltweit unterstützte BDS-Bewegung der Palästinenser nur ein Ziel hat, die israelische Politik zur Einhaltung des Völkerrechts zu zwingen? Eine Aufgabe, um die sich die deutsche Bundesregierung Jahrzehnte lang herumgedrückt hat. Sie verkündigen auf ihrem letzten Besuch in Israel: „Die Position der deutschen Regierung ist, dass der Internationale Strafgerichtshof keine Zuständigkeit in diesem Fall hat, weil es keinen palästinensischen Staat gibt.“ Es geht um mögliche Kriegsverbrechen in dem Überfall auf Gaza im Jahr 2014 und der Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten. Die deutsche Regierung hat das Römische Statut von 1998 unterzeichnet, welches sie verpflichtet, den Gerichtshof zu unterstützen. Sie aber helfen dem möglichen Kriegsverbrecher, sich der strafrechtlichen Verantwortung zu entziehen. Ihnen fällt auf, dass „auf dieser bedeutenden Ausstellung zeitgenössischer Kunst wohl keine jüdischen Künstlerinnen und Künstler aus Israel vertreten sind“. Gleichzeitig räumen Sie ein: „Es gehört zum Prinzip dieser Weltkunstschau, dass jede Ausstellung unabhängig kuratiert wird.“ „Aber“,

nehmen Sie das sogleich zurück: „Die Verantwortung bleibt ja. Verantwortung lässt sich nicht outsourcen.“ Welche Verantwortung und wessen Verantwortung? Warum lädt man eine Künstlergruppe aus Indonesien zur Kuratierung einer Weltkeiner deutschen Ausstellung ein, um sie unseren muffigen Erinnerungsquerelen zu unterwerfen? Die Verantwortung von ruangrupa ist die Versammlung und Präsentation eines weiten aber nie vollständigen Spektrums internationaler Künstlerinnen, Künstler und Kunstprojekte. Wenn dabei einige Länder nicht berücksichtigt werden, liegt das in ihrer freien Verantwortung und nicht der vermeintlichen politischen Verantwortung der Bundesregierung. Man renommiert mit der „bedeutendsten Weltkunstausstellung“, ist an ihren Entwürfen und Perspektiven aber offensichtlich nicht interessiert.

Sie fordern, dass wir „stärker hinschauen, auch hinhören“: „Die lange Kolonialgeschichte mit Gewaltherrschaft und Ausbeutung und die zahllosen blinden Flecken ihrer Aufarbeitung. Die Erfahrung von Unterdrückung und Entrechtung. Der Umgang mit geraubtem Kulturgut.“ Gehen Sie in den Pavillon der Künstlergruppe „The Question of Funding“ und Sie werden dort gerade darüber in der bis heute andauernden Kolonial- und Gewaltgeschichte Palästinas mehr erfahren als von Ihren Gesprächspartnern im Zentralrat der Juden oder den jagdhungrigen Antisemitismusbeauftragten. Hat in Ihrem Amt niemand die zahlreichen Berichte der Menschenrechtsbeauftragten der UNO, von Human Rights Watch und jüngst Amnesty International über den Apartheidstaat Israel gelesen? Es gibt genügend Menschenrechtsskandale in der Welt. Aber dieser ist der längste und einer der größten.

Sie hätten sich gewünscht, „dass vor der Eröffnung dieser documenta über all das diskutiert worden wäre.“ Das Angebot von ruangrupa zu einem öffentlichen Forum zur Diskussion über die Vorwürfe ist abgelehnt worden. Man wollte den Kuratoren die Zusammensetzung des Forums nicht selbst überlassen. Sind Ihnen die jahrelangen heftigen Auseinandersetzungen über die israelische Besatzungspolitik entgangen? Der Streit um Diskussionsräume bis vor das Bundesverwaltungsgericht, welches Anfang dieses Jahres die BDS-Bewegung von den Vorwürfen freisprach, die Sie jetzt wieder hervorholen? Erst das Bundesgericht hat der Diskussion den notwendigen Freiraum geschaffen. Der unqualifizierte Beschluss des Bundestages, der die BDS-Bewegung als antisemitisch bezeichnet? Selbst wenn es so wäre, könnte damit kein Verbot, keine Ablehnung eines Diskussionsraums begründet werden. Ihr Vorwurf „Boykottieren statt diskutieren“ trifft nicht die BDS-Bewegung. Da ist Ihnen etwas durcheinandergekommen. Er trifft die Stadträte, die ihre Kommunen verpflichtet haben, Diskussionen über den Palästinakonflikt keine Räume zu gewähren – bis das Bundesverwaltungsgericht die Beschlüsse für rechtswidrig erklärte.

Sie wollen schließlich, Herr Bundespräsident „diesen Ort, die documenta stärken. Wir brauchen sie“. Richtig, aber nicht so. Die palästinensische Künstlergruppe heißt nicht ohne Hintersinn „The Question of Funding“. Wie wäre es, wenn Sie Ihre Stärkung mit einer kräftigen Spende an die Künstlergruppe aus Ramallah unterstreichen? Eine angemessene Wiedergutmachung.

Norman Paech Hamburg, 20. VI. 2022